



Sozialdemokratische Partei
Basel-Stadt

Redebeitrag Sarah Wyss

«Ich ergreife Partei für bezahlbare Krankenkassenprämien»

Unser Gesundheitssystem krankt. Der Mensch steht nicht mehr im Fokus. Das ist nicht weiter verwunderlich, denn das Gesundheitswesen ist mit 84 Milliarden Franken zum grössten Wirtschaftszweig der Schweiz geworden.

Deshalb arbeite ich seit drei Jahren im Nationalrat daran – und tat es schon Jahre zuvor im Grossen Rat – das System zu ändern, damit endlich wieder der Mensch im Fokus steht. Was wir brauchen, ist ein bedarfsgerechtes, bezahlbares und qualitativ hochstehendes Gesundheitswesen. Das ist möglich!

Doch dafür braucht es ein anderes Finanzierungssystem. Stellen Sie sich vor, was passieren würde, wenn die Feuerwehr nach Anzahl der gelöschten Brände bezahlt würde. Dann wäre Brandprävention plötzlich nicht mehr so wichtig, denn das finanzielle Interesse daran, weniger Brände zum Löschen zu haben, wäre weg. Basel würde brennen.

Genauso ist es im Gesundheitswesen. Die Leistungen werden nach Menge bezahlt. Da muss es niemanden wundern, dass Prävention praktisch nicht existiert. Denn finanziell gesehen hat niemand ein Interesse an gesunden Menschen!

Das können wir ändern und das müssen wir ändern. Ich drehe erfolgreich an diesen Schrauben: Ich habe den Fokus neu auf die Qualität der Versorgung gesetzt, sowohl in der Kommission wie auch mit persönlichen Vorstössen. Meine Vorstösse werden meist von allen Parteien mitunterzeichnet. Denn ich will nicht nur auf die Problematik aufmerksam machen, sondern erfolgreiche Lösungen aufzeigen. Und dafür brauche ich Mehrheiten.

Als weiteres Beispiel möchte ich die interkantonale Planung der Gesundheitsversorgung nennen. Wir in Basel kennen deren Schwierigkeit und wissen auch, wie sie eben vielleicht nicht funktioniert. Mein Vorstoss zur verbindlichen interkantonalen Versorgung aus dem Jahr 2021 ist zwar immer noch hängig – in Bern dauert alles etwas länger – aber da auch dieser von Persönlichkeiten aus allen Parteien unterstützt wird, bin ich zuversichtlich, dass auch er in Kürze überwiesen und danach umgesetzt wird.

Denn für eine gute Versorgung braucht es zügig bessere Arbeitsbedingungen, gerade in der Pflege. Die aktuelle Situation mit dem Fachkräftemangel in der Pflege bereitet mir grosse Sorgen. Deshalb setze ich mich mit Herzblut und Engagement für eine Lösung ein, denn wir können und dürfen nicht länger zuwarten.

Und was wir auch brauchen, ist eine sozialere Finanzierung der Krankenversicherung durch höhere Prämienverbilligungen.

Sie sehen, es ist keine laute Politik, die ich mache, sondern ein inhaltliche. Für uns als Gesellschaft, für die Menschen. Und es gibt noch viel Arbeit! Deshalb will ich auch in den nächsten vier Jahren im Nationalrat weiter diese Projekte umsetzen – mit Engagement und Herzblut.



Sozialdemokratische Partei
Basel-Stadt

Redebeitrag Mustafa Atici

«Ich ergreife Partei für gute Bildung und einen starken Arbeitsmarkt».

Seit dreieinhalb Jahren bin ich als Nationalrat in Bern. Zusammen mit Sarah Wyss und Eva Herzog trete ich für die Interessen des Kantons Basel-Stadt und mit meiner Partei für eine soziale Schweiz ein. Persönlich fokussiere ich meine parlamentarische Arbeit einerseits auf den Arbeitsmarkt und den Fachkräftemangel und andererseits auf die Chancengleichheit in der Bildung. Dieses Engagement möchte ich gerne vertiefen. Für die nächste Legislatur habe ich mir drei Ziele gesetzt:

Mein erstes Ziel ist es, dass die Schweiz das Potenzial von allen jungen Menschen noch besser nutzt. Wir dürfen uns kein Bildungssystem leisten, das sich vor allem auf die Leistungsfähigsten ausrichtet. 24 Prozent aller Abgängerinnen und Abgänger der Volksschule können nicht ausreichend lesen, um den modernen Lebensalltag zu bewältigen, und gar 38 Prozent haben keine ausreichenden Grundkompetenzen im Rechnen. Deshalb müssen wir deutlich mehr in die Kinder und Jugendlichen investieren – insbesondere, wenn ihre Familien sie nicht in ausreichendem Umfang unterstützen können. Frühförderung und die Stärkung der Volksschule sind probate Mittel, um Kinder aus allen sozialen Milieus mitzunehmen. Zudem müssen wir die Berufslehren wieder attraktiver machen, damit mehr Jugendliche einen nicht-akademischen Berufsweg einschlagen. Hier liegt ein enormes Potential – und eine rasant steigende Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt!

Mein zweites Ziel ist ein starkes und durchlässiges Bildungssystem, das niemanden zurücklässt. Aktuell habe ich beim Bund eine Ausbildungspflicht bis 18 Jahre und eine Ausbildungsgarantie bis 25 Jahre angeregt. Heute stehen 9,2 Prozent der Jugendlichen nach Ende der obligatorischen Schule ohne Anschlusslösung da. Einige Kantone haben bereits die Erfahrung gemacht, dass eine verlängerte Ausbildungspflicht sehr wirkungsvoll ist. Auch in der nächsten Legislatur wird die Chancengerechtigkeit in der Bildung ein zentrales Anliegen meiner Arbeit als Nationalrat sein.

Mein drittes Ziel ist, dass das Weiterbildungsgesetz endlich breit Wirkung zeigt. Ich fordere einen umfassenden nationalen Aktionsplan Weiterbildung, der endlich jene erreicht, die Weiterbildung am nötigsten haben: Niedrig Qualifizierte, wenig Verdienende, vom Strukturwandel Betroffene. Fünf Jahre nach Inkraftsetzung des Weiterbildungsgesetzes stellen wir fest: Genau diese Gruppen sind in der Weiterbildung stark untervertreten, weil sie mit dem Konzept der Selbstverantwortung überfordert sind. Angesichts des Fachkräftemangels können wir es uns nicht leisten, dass die weniger qualifizierte Hälfte der Arbeitnehmenden kaum am lebenslangen Lernen teilnimmt.

Die Dringlichkeit all dieser Massnahmen wird aus wirtschaftspolitischer Sicht noch klarer:

Inzwischen ist der Fachkräftemangel der wichtigste Hemmschuh unserer Wirtschaft: Etwa 130'000 Stellen sind unbesetzt – mit stark steigender Tendenz. Die Zeiten, als die Schweiz ihre Fachkräfte einfach aus dem Ausland holen konnte, sind vorbei. Die Babyboomer-Generation in Rente und weit weniger Kinder rücken nach. Um diese Lücke zu schliessen, gibt es nur einen Weg: Wir müssen dringend breit in Bildung und Weiterbildung investieren, um unseren Arbeitsmarkt zu stärken – und um unseren Kindern aussichtsreiche Berufsperspektiven zu bieten.



Sozialdemokratische Partei
Basel-Stadt

Redebeitrag Lisa Mathys

«Ich ergreife Partei für Klimaschutz und die Energie- und Mobilitätswende.»

Für mich ist klar: Es ist richtig und wichtig, dass die SP Basel-Stadt weiterhin mit drei Personen in der Bundesversammlung vertreten ist. Im Bundeshaus sind die progressiven Kräfte der Schweiz untervertreten. Wer könnte diese Stimmen besser erheben als die SP Basel-Stadt!?

Die Themen und die Qualitäten von uns Kandidierenden der Liste 5 sind vielfältig. Genau wie unsere Partei. Die SP Basel-Stadt hat das kompetente Personal, um bei sehr vielen Themen zu konstruktiven Lösungen beizutragen. Dabei ergreifen wir immer Partei für die Menschen und ihren Lebensalltag.

Persönlich will ich in Bern mithelfen, endlich und sofort die Energiewende herbeizuführen. Es gab Zeiten, da war die Schweiz eine Vorreiterin bei diesem Thema, aktuell geraten wir ins Hintertreffen. Das muss sich wieder ändern! Die Möglichkeiten für ein konsequentes und soziales Vorwärtsmachen haben wir in der Schweiz. Wir müssen es nur endlich tun.

Wir müssen die vorhandenen Flächen für Solarstrom-Produktion nutzen. Damit meine ich nicht nur Hunderttausende Hausdächer, denn damit erreichen wir nicht das nötige Tempo. Ich meine auch die riesigen Infrastruktur-Flächen wie Lärmschutzwände oder Perron-Dächer, gedeckte Sportanlagen und grosse Fabrikhallen. Dass darauf nicht schon längst überall Strom produziert wird, ist beschämend.

Diejenigen, die bei der Energiewende bremsen, sind Schuld daran, dass die Schweiz für ihre Energieversorgung weiterhin vom Goodwill autoritärer Staaten abhängig bleibt und in der Dekarbonisierung nicht vorwärts kommt. Die Rechte bemüht sogar die Diskussion um neue Atomkraftwerke. Auch damit bremst sie einzig und allein den Weg zu Netto-Null aus.

Wir, die SP, ergreifen Partei für Netto-Null, und damit für einen Planeten, auf dem auch unsere Nachkommen noch ein gutes Leben haben können. Wir prägen seit vielen Jahren sowohl im Kantons- als auch im Bundesparlament die Fortschritte in der Energiewende. Jetzt braucht es die SP erst recht – damit es wirklich vorangeht.

Auch die nationale Verkehrsinfrastruktur beschäftigt mich. Die Verkehrsplanung muss aufhören, sich nur auf Abwicklungszahlen und nackte Investitionskosten-Rechnungen zu konzentrieren. Die Bedürfnisse der Menschen, die entlang der Infrastrukturen leben, müssen ins Zentrum gerückt werden. Sie haben Anspruch auf Schutz vor Lärm und Schadstoffen. Ihre Gesundheit und die Entwicklungen der nächsten Jahrzehnte müssen vermehrt in die Projektplanung einfließen. Gerade auch, weil diese Projekte sehr lange dauern – vom Beschluss bis zur Realisierung vergehen oft Jahrzehnte. Wir ergreifen Partei für die Lebensqualität der Menschen und für eine zukunftsfähige Mobilität. Wenn wir den ÖV fördern und ausbauen und die Güter-Logistik so organisieren, dass die urbanen Zentren entlastet werden, dient dies der Bevölkerung - auch jener in Basel-Stadt.



Sozialdemokratische Partei
Basel-Stadt

Redebeitrag Christian von Wartburg

«Ich ergreife Partei für ein Recht auf Gerechtigkeit.»

Seit 25 Jahren setze ich mich als Anwalt für Menschen ein. Ich weiss, wie man für etwas kämpft, wie man Interessen vertritt, wie man sich durchsetzt. Und ich weiss auch, welchen Einfluss Gesetze auf das Leben von Menschen haben können. Seit 10 Jahren bin ich mit viel Leidenschaft im Grossen Rat. Ich leite seit Jahren die GPK, habe eine PUK präsiert und zu einem Ende gebracht und ich bin über die Landesgrenzen hinaus engagiert. Mit dieser Erfahrung und mit dem, was ich in den letzten 10 Jahren gelernt habe, möchte ich nun nach Bern – und habe dort auch etwas zu bieten.

Mein politischer Kompass hat vier Himmelsrichtungen: Gerechtigkeit, Offenheit, stabile demokratische Institutionen und Umweltschutz.

Umweltschutz

Der Chef des Weltklimarats sagte kürzlich: 'We are walking when we should be sprinting'. Ich bin überzeugt, dass wir unsere Prozesse überdenken müssen. Was werden wir tun, wenn alle Appelle nichts nützen – wenn wir auf Notfall umschalten müssen? Über diesen Notfallmoment müssen wir jetzt reden, ihn definieren und entscheiden, welche Prozesse dann gelten. Denn nicht zu entscheiden, ist auch ein Entscheid.

Offenheit

Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts war geprägt von Kriegen, Intoleranz, Nationalismus, Antisemitismus, Rassismus und Terror. Die zweite Hälfte von der Idee, dass Völker sich gegenseitig und über Grenzen hinweg stützen und respektieren. Und heute? Es herrscht wieder Krieg in Europa. Die Europäische Idee steht zur Disposition. Despoten, Autokraten und Populisten sind dabei, das Friedenswerk EU zu zerlegen. Ich bin stark engagiert in der trinationalen Zusammenarbeit. Und gerade dort hat die Pandemie gezeigt, dass Isolation zwar ein nachvollziehbarer Reflex ist, dass dieser aber nie funktioniert.

Gerade wir mit unserem Föderalismus können sehr viel dazu beitragen, dass das Friedensprojekt EU Bestand hat und dass Lösungen gefunden werden, die für viele funktionieren. Mein Herz schlägt darum für ein friedliches Europa, für eine europäische Zivilgesellschaft, in der man füreinander einsteht und für eine moderne, offene Schweiz mittendrin.

Gerechtigkeit

Zwischen Recht und Gerechtigkeit besteht kein Trennungs-, sondern ein enges Bezugsverhältnis. Recht und Gesetz sollen nicht primär auf Macht basieren, sondern auf der individuellen Erkenntnis des Wesens der Gerechtigkeit.

Ich will eine moderne Schweiz, in der die Spiesse für alle gleich lang sind. Eine Schweiz, die allen faire Chancen einräumt. Eine Schweiz, die versteht, was Generationengerechtigkeit bedeutet. Eine Schweiz, in der vor dem Gesetz wirklich alle gleich sind und die im Umgang mit den Schwächsten ein Vorbild ist.